

Börsische Zeitung

Gebrüder

Berlin



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion

(mit Ausnahme des Handelsteils): H. Baermann in Berlin

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 280
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Freitag, 17. Oktober 1919

15 Pfennig

Zeitung

1704

Elektrizitätsstreik in Stralau und Moabit.

Eingreifen der Technischen Nothilfe.

Berlin, 17. Oktober. (W. L. B.)

Die Arbeiter auf dem Elektrizitätswerk Stralau-Rummelsburg haben die Arbeit niedergelegt. Die Technische Nothilfe wird alsbald eingreifen.

Das Moabiter städtische Elektrizitätswerk, von dem

der gesamte Strom der Berliner Straßenbahn abhängt, steht gleichfalls still.

Da die Krankenhäuser von Moabit an die Technische Nothilfe die dringende Bitte gerichtet haben, Strom weiter zu liefern, damit die Kranken operiert werden können, hat die Technische Nothilfe sofort eingegriffen und wird den vollen Betrieb aufnehmen.

Absperrung der Stromzufuhr aus Bitterfeld

Heute vormittag haben die Kraftwerke Golpa, Zeitz bei Bitterfeld, die einen großen Teil Berlins mit Strom versorgen, die Stromzufuhr nach Berlin abgeschnitten. Die Arbeiter haben den Betrieb nicht eingestellt, sondern nur die Fernleitung nach Berlin gesperrt. Diese Abschaltung Berlins von der Stromzufuhr ist kennzeichnend für die Mittel, mit denen dieser "Kohlekampf" geführt wird.

In Groß-Berlin streiken die Elektrizitätswerke von Niederröder und Lichtenberg; auch in einem Berliner städtischen Werk im Osten der Stadt haben die Arbeiter den Betrieb stillgelegt. Auch im Gaskwerk Niederröder ist es bisher zu keiner Einigung gekommen.

Infolge der Absperrung der Stromzufuhr aus Bitterfeld, über deren Umfang und Ursachen bis zur Stunde in Berlin keine näheren Nachrichten vorliegen, und wegen der Leitkreis in Groß-Berlin sind sofort Einschränkungen in der Stromentnahme angeordnet worden.

Über das Eingreifen der Technischen Nothilfe wird im Augenblick noch beraten. Wahrscheinlich wird sich eine Einschränkung des Straßenbahnbetriebes, zunächst im Osten der Stadt, im Laufe des Nachmittags nicht vermeiden lassen. Die Fernsprechämter Niederröder, Pankow und Lichtenberg haben den Privatfernverkehr wegen mangelnder Stromzufuhr bereits einzstellen müssen.

Im Metallarbeiterstreik ist eine Entscheidung, wie wir heute morgen bereits berichteten, nicht vor heute nachmittag um 6 Uhr zu erwarten.

Der Streik der Magistratskräfte dauert äußerlich unverändert fort; die Streikenden haben sich zu neuen Verhandlungen bereit erklärt; Beschlüsse des Magistrats liegen noch nicht vor. Der Betrieb der Magistratsbüros soll mit Hilfe der Arbeitswilligen, die sich dauernd in großer Zahl melden, spätestens morgen in vollem Umfang aufgenommen werden, so daß der Streik der Hilfskräfte als beendet betrachtet werden kann.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt uns auf Anfrage mit, daß falls es sich nur um eine vorübergehende Stromunterbrechung bei Golpa-Zeitz handelt, für die Berliner Elektrizitätsversorgung keine unmittelbare Gefahr besteht. An Golpa sind die Werke Oberspree, Rumelsburg und teilweise auch Neukölln angeschlossen. Diese Werken haben aber im Augenblick eine genügende Kohlensreserve, um die Stromerzeugung im Notfall für eine kurze Zeitspanne selbst zu bewältigen. Sofern aber Golpa längere Zeit aus, so werden Einschränkungsmaßnahmen in der Berliner Elektrizitätsversorgung unvermeidlich sein.
(Siehe auch vierte Seite.)

Die Erinnerungen des Grafen Czernin.

Die "Börsische Zeitung" beginnt in ihrer Morgenausgabe vom Sonnabend, 18. Oktober, mit der Veröffentlichung eines Auszuges aus den Erinnerungen des ehemaligen österreichisch-ungarischen Ministers des Innern, Grafen Ottokar Czernin, die demnächst im Verlag Ullstein u. Co. in Buchform erscheinen werden. Dieses Werk kann als eines der wichtigsten Dokumente zur politischen Geschichte des Weltkrieges angesehen werden. Neben den außerordentlich interessanten persönlichen Beobachtungen des Verfassers über den ermordeten österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, die Kaiser Wilhelm und Karl usw. enthält es völlig neu, zum Teil auf Dokumente gestützte Mitteilungen über die wichtigsten Phasen der Kriegspolitik, besonders über die Friedensversuche des Jahres 1917, ferner über die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest. Die Wiedergabe der "Börsischen Zeitung" wird fast alle wichtigen Stellen des Werkes im Wortlaut erhalten. Sie wird während der nächsten Wochen höchstens in der Morgenausgabe erfolgen. Das große internationale Interesse, das diese Veröffentlichung besitzt, geht auch daraus hervor, daß englische und amerikanische Blätter sich das Recht des gleichzeitigen Abdruks gesichert haben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Aussichten für völlige Verständigung.

Allen Ermahungen zum Troc hält die Massenflucht aus den an Polen abzutrennen Gebieten des Ostens an. Vor dieser Massenflucht wird von den zuständigen Stellen aus erneut gewarnt. Die Berliner Verhandlungen der deutschen Regierung mit Polen nehmen einen durchaus erfreulichen Fortgang. Auf Einzelheiten kann in diesem Zeitpunkt zwar noch nicht eingegangen werden; aber soviel kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Verhandlungen von beiden Regierungen mit dem guten Willen geführt werden, zu einer Verständigung über alle schwierigen Fragen zu gelangen. Die deutsche Bevölkerung in den bedrohten Ge-

bieten des Ostens hat zu Besorgnissen über ihr künftiges Schicksal keine Veranlassung. Sie würde sich vielmehr, wenn die Massenflucht anhält, damit einer schweren Verlegung der Interessen unserer Nachbarn schuldig machen.

Es sei nur darauf verwiesen, daß für durchschnittlich 40 deutsche Kinder in einem bestimmten Umkreis eine deutsche Schule eingerichtet werden soll. Wenn nun die Abwanderung in dem bisherigen Umfang anhält, so muß die Zahl der zu errichtenden deutschen Schulen ganz natürlich ansteigen, und es droht den deutschen Kindern die Gefahr der Polonisierung. Insbesondere muß an die Beamten und Lehrer die Forderung gestellt werden, auf dem Posten anzuharren. Wenn sie der übrigen Bevölkerung damit ein gutes Beispiel geben, so wird das seine Wirkung nicht verfehlen.

Berndreysviele haben die zurückbleibenden Deutschen nicht zu befürchten, denn die politische Regierung hat zugesagt, daß sie nicht bevälflichte, die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Liquidation annehmen, die Deutschen zu handhaben. Die Bestimmungen der politischen Regierung gehen davon, die Polen zu einem vollen Verzicht auf die Liquidation zu bestimmen. Es ist durchaus möglich, daß dieses Ziel erreicht wird. Unter allen Umständen wird die Vermögensliquidation erst nach einer bestimmten Frist eingeleitet werden, die so reichlich bemessen sein wird, daß die Interessenten alle notwendigen Vergütungen über ihren Posten treffen können.

Für Missionen, die zur Ausbildung ihres Berufs oder einer öffentlichen Tätigkeit nach dem Osten berufen werden, sind noch besondere Vergünstigungen vorgesehen.

Die interalliierte Kommission für das Baltikum.

Paris, 17. Oktober. (G. R.)

Der Oberste alliierte Rat beschloß, die alliierte Kommission nach dem Baltikum sofort zu entsenden sowie die deutsche Antwort auf die alliierte Note einzufordern.

Zwang und Plan.

von

Dr. Wilms,

Oberbürgermeister a. D., Vorsitzender der Bassenheimer Kommission.

Wenn man in Friedenszeiten am Stammtisch einmal von Valuta sprach, so schaute mancher verwundert auf, weil es ein Gebiet war, das den meisten fern lag. Ob die Anrede wahr ist, daß dabei einer die Valuta für ein junges Mädchen gehalten, mag dahingestellt bleiben. Heutzutage jedenfalls ist diese junge Dame in aller Leute Mund. Wenn die Holländischen Zigarren zu teuer sind, die englischen Stiefel, die amerikanische Baumwolle, die Schweizer Schokolade, die Valuta trägt für den Käufer die Schuld, und mancher denkt darüber nach, wie man es wohl einrichten könnte, durch Hebung der Valuta die Preise für Auslandsware zu senken. Das Problem ist schwierig, die besten Köpfe mühen sich, eine Lösung zu finden. Eine allgemein befriedigende und vollständige Lösung wird in absehbarer Zeit nicht möglich sein.

Aus der verschiedenen Bewertung der Mark im Inland und im Ausland, den verhältnismäßig noch billigen Preisen im Inland, der geringen Kaufkraft der Mark im Ausland und umgekehrt der hohen Kaufkraft der Auslandswerte in Deutschland ergibt sich von selbst eine Reihe von großen Problemen:

Die Wirkung dieser verschiedenen Bewertung der Mark auf die Inlandspreise.

Die Ausweitung des deutschen Marktes durch Einkauf des Auslandes bei uns, verstärkt durch den großen Zustrom von Ausländern im Westen, die mit ihrem hochwertigen Gelde unsere billigen Wirtschafts- und Nahrungsmitte kaufen.

Die Frage des Importes (freie Wirtschaft oder planmäßige Beschränkung).

Die Anpassung der Inlands- an die Auslandspreise. Die Erfassung der Differenz für das Reich.

Kann die Industrie Träger der Planwirtschaft sein? — Wie beteiligt sich daran die Arbeiterschaft?

Die Förderung unseres Exportes und dessen Bezahlung an Deutschland.

Die Inlandspreise stehen weit unter den Auslandspreisen, und zwar infolge unserer Zwangswirtschaft und der höheren Bewertung der Mark im Inland. Die Vertreter der freien Wirtschaft glauben, daß letztere in der Lage sei, bald einen angemessenen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen zu können. Solange aber unsere Mark den bisherigen Stand im Auslande hat, kann dies nur durch eine ungefähr gleiche Steigerung der Preise im Inland erfolgen, wie umgekehrt die Mark am Wert gegenüber den ausländischen Valuta verloren hat. Man kann die Konsequenzen eines solchen Planes nicht ausdenken ohne Schreden vor der Preissteigerung, die sich daraus ergeben würde. Der Reichsminister Schmid hat in seinen jüngsten Ansprüchen für die Zwangswirtschaft in der "Sozialistischen Korrespondenz" auf die Mehraufwendungen für eine fünfköpfige Familie bei den einzelnen Nahrungsmitteln durch deren Preisfreibe hingewiesen. Er erwähnt die Steigerung zum Beispiel beim Brot von M. 7 auf M. 15,75 beim Fleisch von M. 8 auf M. 24 bei Kartoffeln von M. 5,25 auf 12,25, beim Zucker von M. 1,05 auf 15. Die Steigerungen dürften eher zu gering als zu hoch sein, wenn man zum Beispiel beim Brot erwägt, daß das ausländische Roggengemehl der Reichsgesetzestelle gegenwärtig M. 4,400 pro Tonne kostet bei einem inländischen Wehlpreise von höchstens M. 600. Die Vertreter der freien Wirtschaft auf dem Ernährungsgebiet haben weite Kreise der Landwirtschaft hinter sich und bilden somit eine nicht zu unterschätzende Stütze. Sicherlich hat die Landwirtschaft Anrecht auf ausreichende Bezahlung ihrer Produkte unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten für Löhne und Arbeitsmaterial. Auch soll nicht verkannt werden, daß man ziemlich mit der Anpassung an die veränderten Verhältnisse in der Staatsregierung zu lange gezögert hat, auch heute zum Beispiel bei der Milch noch zögert, deren Preis abschluß unholzbar ist und zu den schlimmsten Zuständen führen muss. Wie hoch die Löhne sein müßten, wenn die Lebensmittel auf den Weltmarktpreis kämen, ist kaum auszudenken in der Wirkung auf Gehälter, Löhne und Vermögensentwertung.

Zurzeit muß die Abmilderung des Nötigen und des Entbehrlichen einer entschiedenen Prüfung unterzogen werden. Ein gewisser Import in Lebensmitteln, ein großer in Futtermitteln bleibt nötig. Da wir aber sparen müssen, tritt selbst bei Gegenständen, die kaum als Luxus angesehen werden können, die Notwendigkeit einer gewissen Polterförderung der Einfahrt ein. Ich nenne zum Beispiel den Kaffee, bezüglich dessen der Reichsfinanz-